



**MINISTERIUM FÜR RECHT UND MENSCHENRECHTE  
DER REPUBLIK INDONESIEN  
GENERALDIREKTION FÜR EINWANDERUNG**

- Sehr geehrte Damen und Herren. 1. Leiter des Regionalbüros des Ministeriums für Recht und Menschenrechte bis zum Leiter der Einwanderungsabteilung in ganz Indonesien;  
2. Leiter der Einwanderungsbehörden in ganz Indonesien.

RUNDSCHREIBEN  
NUMMER IMI-0093.KU.01.03 JAHR 2022

BEZÜGLICH

DER UMSETZUNG VON ART UND RATE VON NICHTSTEUERLICHEN

STAATLICHEN EINNAHMEN BEI DIENSTLEISTUNGEN FÜR  
EINWANDERUNGS-AUFENTHALTSGENEHMIGUNGEN

1. Hintergrund u  
a. der Erwägung, dass die Pandemie der *Corona-Virus-Krankheit* 2019 (Covid-19) immer noch Auswirkungen auf die eingeschränkte Mobilität von Menschen zwischen Ländern hat, so dass Ausländer, deren Aufenthaltserlaubnis für die Einwanderung abläuft, immer noch Schwierigkeiten haben, das Hoheitsgebiet Indonesiens zu verlassen;
- b. Dass, um Ausländern im Sinne von Buchstabe a Rechtssicherheit zu verschaffen, die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis erforderlich ist;
- c. In Anbetracht dessen, dass es zur Umsetzung der Verordnung des Finanzministers Nr. 9/PMK.02/2022 über Arten und Tarife von nichtsteuerlichen Staatseinnahmen, dringender Bedarf an Einwanderungsdiensten, die für das Ministerium für Recht und Menschenrechte gilt, erforderlich ist Anpassungen bei der Erteilung von Einwanderungsaufenthaltsgenehmigungen vornehmen;
- d. Auf der Grundlage der in den Buchstaben a, b und c genannten Erwägungen ist es erforderlich, ein Rundschreiben des Generaldirektors für Einwanderung bezüglich der

Umsetzung von Arten und Tarifen von nichtsteuerlichen Staatseinnahmen bei Einwanderungsaufenthaltsgenehmigungen herauszugeben.

## 2. Zweck und Ziele

- a. Der Zweck der Herausgabe dieses Rundschreibens ist die Umsetzung der Verordnung des Finanzministers Nr. 9/PMK.02/2022 über Arten und Tarife von nichtsteuerlichen Staatseinnahmen, dringender Bedarf an Einwanderungsdiensten, die für das Ministerium für Recht und Menschen gelten Rechte im Bereich Einwanderungsaufenthaltsgenehmigungen;
- b. Der Zweck dieses Rundschreibens ist die Überwachung, Kontrolle und Bewertung der Umsetzung der Verordnung des Finanzministers Nr. 9/PMK.02/2022 über Arten und Tarife von nichtsteuerlichen Staatseinnahmen mit dringendem Bedarf an Einwanderungsdiensten Ministerium für Recht und Menschenrechte im Bereich Einwanderungsaufenthaltsgenehmigungen.

## 3. Geltungsbereich

Der Geltungsbereich dieses Rundschreibens ist:

- a. Anpassung der Erteilung von Einwanderungsaufenthaltsgenehmigungen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Verordnung des Finanzministeriums Nr. 9/PMK.02/2022 über Arten und Tarife für Arten von nicht steuerpflichtigen Staatseinnahmen Dringender Bedarf an Einwanderungsdiensten Anwendbar auf das Ministerium für Recht und Menschenrechte; und
- b. Optimierung der Servicefunktion Immigration Residence Permit Status Transfer.

## 4. Grundlegend

- a. Gesetz Nr. 6 von 2011 über Einwanderung;
- b. Gesetz Nr. 11 von 2020 zur Schaffung von Arbeitsplätzen;
- c. Regierungsverordnung Nr. 31 von 2013 über die Durchführungsverordnung des Gesetzes Nr. 6 von 2011 über die Einwanderung in der mehrfach geänderten Fassung, zuletzt durch die Regierungsverordnung Nr. 48 von 2021 über die dritte Änderung der Regierungsverordnung Nr. 31 von 2013 über die Durchführungsverordnung des Gesetzes Nr. 6 vom 2011 über Einwanderung;
- d. Regierungsverordnung Nr. 28 von 2019 über Arten und Tarife von nichtsteuerlichen Staatseinnahmen, anwendbar auf das Ministerium für Recht und Menschenrechte;
- e. Präsidialerlass Nr. 24 von 2021 zur Feststellung des tatsächlichen Status der Pandemie der Corona-Viruskrankheit 2019 (Covid-19) in Indonesien;

- f. Verordnung des Ministers für Recht und Menschenrechte Nr. 19 von 2018 über die Organisation und das Arbeitsverfahren der Einwanderungsbehörde, geändert durch die Verordnung des Ministers für Recht und Menschenrechte Nr. 23 von 2019 über Änderungen der Verordnung des Ministers für Recht und Menschenrechte Nummer 19 von 2018 betreffend Organisation und Arbeitsverfahren der Einwanderungsbehörde für Menschenrechte;
- g. Verordnung des Ministers für Recht und Menschenrechte Nr. 29 von 2021 über Visa und Aufenthaltsgenehmigungen;
- h. Verordnung des Ministers für Recht und Menschenrechte Nr. 34 von 2021 über die Erteilung von Einwanderungsvisa und Aufenthaltsgenehmigungen im Zeitraum der Bewältigung der Ausbreitung der Corona-Viruskrankheit 2019 und der nationalen wirtschaftlichen Erholung;
- ich. Verordnung des Ministeriums für Recht und Menschenrechte Nr. 41 von 2021 über Organisation und Arbeitsverfahren des Ministeriums für Recht und Menschenrechte;
- j. Verordnung des Finanzministeriums Nr. 9/PMK.02/2022 über Arten und Tarife von nichtsteuerlichen Staatseinnahmen Dringender Bedarf an Einwanderungsdiensten Anwendbar auf das Ministerium für Recht und Menschenrechte;
- k. Richtlinien für den Generaldirektor für Einwanderung Nummer IMI-0538.GR.01.01 von 2022 bezüglich der Erteilung von Visa, Einreiseschildern und Einwanderungsaufenthaltsgenehmigungen während des Zeitraums zur Behandlung der Corona-Virus-Krankheit 2019 und der nationalen wirtschaftlichen Erholung.

. Inhalt des Rundschreibens

a. Allgemein:

Damit alle Beamten und Dienstauführer:

- 1) Erbringung von PHM-Diensten für die Gemeinschaft;
- 2) Begehen Sie keine Korruption, Absprachen und Vetternwirtschaft;
- 3) Supervision stufenweise durchführen;
- 4) Koordinieren und knüpfen Sie Kontakte mit *Interessenvertretern* und Einwanderungsgaranten bezüglich dieses Rundschreibens.

b. Leiter der Einwanderungsabteilung des Regionalbüros des Ministeriums für Recht und Menschenrechte:

- 1) Durchführung von Coaching, Steuerung, Überwachung und Bewertung der Umsetzung von Aktivitäten wie folgt:

- a) Erteilung von Einwanderungsaufenthaltsgenehmigungen im Zusammenhang mit der Durchführungsverordnung des Finanzministeriums Nr. 9/PMK.02/2022 über Arten und Tarife von nichtsteuerlichen Staatseinnahmen, dringenden Bedarf an Einwanderungsdiensten, anwendbar auf das Ministerium für Recht und Menschenrechte, und
  - b) Das Verfahren zur Gewährung der Übertragung des Einwanderungsstatus bei der Einwanderungsabteilung und der Einwanderungsbehörde;
  - 2) Melden Sie die Ergebnisse der Durchführung der Aktivitäten gemäß Nummer 1) dem Generaldirektor für Einwanderung.
- c. Leiter der Ausländerbehörde:
- 1) Verbreitung von Informationen an *Interessengruppen* und die breitere Gemeinschaft sowie Durchführung der erforderlichen Koordinierung im Zusammenhang mit der Umsetzung der folgenden Aktivitäten:
    - a) Erteilung von Einwanderungsaufenthaltsgenehmigungen im Zusammenhang mit der Durchführungsverordnung des Finanzministeriums Nr. 9/PMK.02/2022 über Arten und Tarife von nichtsteuerlichen Staatseinnahmen, dringenden Bedarf an Einwanderungsdiensten, anwendbar auf das Ministerium für Recht und Menschenrechte, und
    - b) Gewährung der Übertragung des Einwanderungsstatus;
  - 2) Durchführung von Einwanderungsüberwachungs- und Einwanderungsnachrichtendiensten in seinem Arbeitsbereich;
  - 3) Anordnung von Verwaltungsbeamten/Funktionsbeamten, die die Funktion der Durchführung von Einwanderungspflichten im Bereich der Aufenthaltserlaubnis- und Einwanderungsstatusdienste wahrnehmen, um Folgendes zu tun:
    - a) Gewährung einer Verlängerung der Besuchsaufenthaltserlaubnis für einen maximalen Zeitraum von 60 (sechzig) Tagen für Ausländer Inhaber einer Besuchsaufenthaltserlaubnis aus einem Besuchsvisum für 1 (eine) Reise mit den folgenden Bedingungen:
      - (1) Eine Besuchsaufenthaltserlaubnis für höchstens 60 (sechzig) Tage im Sinne von Buchstabe a) wird höchstens 2 (zwei) Mal hintereinander erteilt,
      - (2) Die Gesamtaufenthaltserlaubnis für Ausländer beträgt maximal 180 (einhundertachtzig) Tage mit den folgenden Angaben:

Aufenthaltserlaubnis Dauer	Besuchsaufenthaltserlaubnis	Informationen
----------------------------	-----------------------------	---------------

Reise aus einem Besuchsvisum 1 (eine) 60	( ) Tage	durch Visumverlängerungserl aubnis
Erteilt Aufenthalt sechzig Erster Besuch für maximal 60 (sechzig) Tage	60 ( sechzig) Tage	Bei der Einwanderungsbehörde
ausgestellt Zweiter Aufenthaltserlaubnis Besuch für maximal 60 (sechzig) Tage	60 ( sechzig) Tage	Bei der Einwanderungsbehörde ausgestellt

- (3) Einem Antrag auf Verlängerung einer Ausländerbesuchs-Aufenthaltserlaubnis kann nicht stattgegeben werden, wenn der Antrag dazu führt, dass die gesamte Aufenthaltserlaubnis mehr als 180 (einhundertachtzig) Tage beträgt,
- (4) Eine Besuchs-Aufenthaltserlaubnis für einen maximalen Zeitraum von 60 (sechzig) Tagen wird durch den Mechanismus zur Verlängerung der ersten Besuchs-Aufenthaltserlaubnis durch Erfassung biometrischer Daten und unter Verwendung eines Tarifs von 2.000.000 IDR (zwei Millionen Rupiah) gemäß der Verordnung des Ministers für Finanznummer 9/PMK .02/2022 über Arten und Tarife von Arten von nichtsteuerlichen Staatseinnahmen Dringender Bedarf an Einwanderungsdiensten, anwendbar auf das Ministerium für Recht und Menschenrechte;
- b) Gewährung einer Verlängerung einer Besuchsaufenthaltserlaubnis nur 1 (einmal) für einen maximalen Zeitraum von 30 (dreißig) Tagen für Ausländer, die eine Besuchsaufenthaltserlaubnis besitzen, die aus einem Besuchsvisum bei der Ankunft stammt, mit einem Satz von Rp. 500.000,- (fünfhunderttausend Rupiah) basierend auf der Regierungsverordnung Nr. 28 von 2019 über Arten und Tarife von nicht steuerpflichtigen Staatseinnahmen, die für das Ministerium für Recht und Menschenrechte gelten;

- c) Implementieren Sie die Verfahren und Mechanismen für die Übertragung des Status der Aufenthaltserlaubnis für Einwanderer gemäß den Bestimmungen der Gesetzgebung;
- d) Durchführung von Feldprüfungen bei Anträgen auf Statusübertragung der Aufenthaltserlaubnis für Immigration aufgrund von Mischehen vor Erteilung der Genehmigung oder Ablehnung der Statusübertragung der Aufenthaltserlaubnis für Immigration;
- 4) Anordnung von Verwaltungsbeamten/Funktionsbeamten, die die Funktion der Umsetzung von Einwanderungspflichten im Bereich der Einwanderungsüberwachung und -aufklärung wahrnehmen, die Einwanderungsaufsicht vor Ort bei Anträgen auf Statusübertragung der Aufenthaltserlaubnis für Einwanderungsbehörden durchzuführen, die nicht in Nummer 3) Buchstabe d) aufgeführt sind die Limited Stay Permit (ITAS) wird ausgestellt, um den Status einer Visit Stay Permit in eine Limited Stay Permit zu ändern;
- 5) Melden Sie die Umsetzung der Aktivitäten regelmäßig dem Leiter der Einwanderungsabteilung.

#### 6. Schließen

- a. Mit der Bestimmung dieses Rundschreibens, dem Rundschreiben des Generaldirektors für Einwanderung, Nummer IMI-0090.KU.01.03 von 2022 über die Umsetzung von Arten und Tarifen von Einwanderungs-Aufenthaltsgenehmigungsdiensten für nicht steuerpflichtige Staatseinnahmen (PNBP) auf der Grundlage der Verordnung des Finanzministers Nr. 9/PMK.02/2022 über Arten und Tarife von nichtsteuerlichen Staatseinnahmen Dringender Bedarf an Einwanderungsdiensten, die beim Ministerium für Recht und Menschenrechte anwendbar sind, werden aufgehoben und für ungültig erklärt;
- b. Dieses Rundschreiben tritt am 12. Mai 2022 um 00.00 Uhr WIB in Kraft und wird weiter ausgewertet.

Damit soll dieses Rundschreiben möglichst gut berücksichtigt und umgesetzt werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Mitarbeit.

Festgelegt in Jakarta am 11. Mai  
2022

Pt. GENERALDIREKTOR FÜR  
EINWANDERUNG,

Elektronisch signiert von:

Prof. Dr. WIDODO EKATJAHJANA, SH, M.Hum NIP 197105011993031001

Exemplare:

1. Minister für Recht und Menschenrechte;
2. Finanzminister;
3. Vorsitzender der Obersten Rechnungskontrollbehörde;
4. Generalsekretär des Ministeriums für Recht und Menschenrechte;
5. Generalinspekteur des Ministeriums für Recht und Menschenrechte;
6. Primary High Leaders innerhalb der Generaldirektion Einwanderung;
7. Leiter der Einwanderungshaftanstalten in ganz Indonesien;